



## Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

**Titel:** **Beantwortung der Interpellation von Georges Thüring,  
SVP-Fraktion: "Ombudsstelle für Altersfragen und Spitex?"  
([2013/373](#))**

Datum: 25. März 2014

Nummer: 2013-373

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



---

## Vorlage an den Landrat

### Beantwortung der Interpellation von Georges Thüning, SVP-Fraktion: "Ombudsstelle für Altersfragen und Spitex?" ([2013/373](#))

vom 25. März 2014

#### 1. Text der Interpellation

Am 17. Oktober 2013 reichte Georges Thüning, SVP-Fraktion, die Interpellation "Ombudsstelle für Altersfragen und Spitex?" (2013/373) ein. Sie hat folgenden Wortlaut:

*Am 9. Februar 2012 habe ich mittels Postulat ([2012-048](#)) die "Schaffung einer Baselbieter Ombudsstelle für Heim-, Spitex und Altersfragen sowie für Menschen mit Behinderungen angeregt. Der Regierungsrat wurde eingeladen, die Schaffung einer solchen Stelle und im Besonderen deren Trägerschaft zu prüfen.*

*Obwohl dieser parlamentarische Vorstoss bis dato, das heisst nach etwas mehr als anderhalb Jahren(!), noch nicht traktandiert worden ist und somit auch noch keine formelle Überweisung stattfinden konnte, hat er offenbar im "Hintergrund" bereits Einiges in Bewegung gesetzt. So hat beispielsweise der Verband Basellandschaftlicher Gemeinden VBLG bereits am 31. März 2012 auf Aufforderung der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion Stellung bezogen und einen Mitbericht zum Postulat verfasst.*

*Laut einem Bericht der Basellandschaftlichen Zeitung vom 10. Oktober d.J. soll nun die Schaffung einer "Ombudsstelle für Altersfragen und Spitex" konkret ins Auge gefasst werden - entweder auf Mitte 2014 oder spätestens auf Anfang 2015. Beteiligt an der Lösung respektive in die Vorbereitungen involviert sind laut Medienbericht die Volkswirtschaft- und Gesundheitsdirektion, der Verband der Baselbieter Alters- und Pflegeheime sowie der kantonale Spitex-Verband.*

*Trotz der grundsätzlichen positiven Entwicklung dieses "Geschäftes" stellen sich für mich als Postulant folgende Fragen:*

- 1. Aus welchen Gründen wurde dieses Postulat im Landrat bisher nicht traktandiert - wer stand oder steht auf der Bremse: das Landratsbüro und/oder die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion?*
- 2. Wann wird das Postulat traktandiert?*
- 3. Treffen die inhaltlichen Aussagen des erwähnten Medienberichtes zu und inwieweit hat sich die VGD in dieser Sache engagiert?*
- 4. Weshalb ist der Bereich "Menschen mit Behinderungen" in der geplanten Ombudsstelle nicht vorgesehen?*

*5. Wie sieht nun das konkrete weitere Vorgehen bezüglich dieser Ombudsstelle aus?*

*Ich bitte den Regierungsrat - und allenfalls das Landratsbüro (ad Fragen 1) und 2) - um schriftliche Beantwortung dieser Fragen innert Monatsfrist.*

## **2. Einleitende Bemerkungen**

Aufgrund des wachsenden und mittlerweile von allen Seiten bestätigten Bedarfs einer Ombudsstelle für Spitex und Altersfragen im Kanton BL, ist die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) aktiv geworden und hat mögliche Varianten zu Schaffung einer solchen Stelle geprüft und entsprechende Vorabklärungen getroffen. Damit soll baldmöglichst das auch im Leitbild "Älter werden gemeinsam gestalten" ([2013-043](#)) formulierten Wirkungsziel zur Schaffung einer Ombudsstelle für Altersfragen und Spitex in BL erreicht werden.

## **3. Beantwortung der Fragen**

*1. Aus welchen Gründen wurde dieses Postulat im Landrat bisher nicht traktandiert - wer stand oder steht auf der Bremse: das Landratsbüro und/oder die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion?*

**Antwort des Regierungsrats:**

In diesem Zusammenhang ist auf die besondere Situation, welche durch das überraschende Hinscheiden des ehemaligen Vorstehers der VGD, Regierungsrat Peter Zwick sel., und die darauffolgende Stellvertretungsregelung für die VGD entstand, hinzuweisen. Einige VGD-Geschäfte wurden vorübergehend zurückgestellt, darunter auch das angesprochene Postulat 2012/048.

*2. Wann wird das Postulat traktandiert?*

**Antwort des Regierungsrats:**

Das Postulat wurde bereits mehrfach traktandiert, konnte aufgrund anderer Geschäfte aber nicht wie vorgesehen behandelt werden. Neu ist die Behandlung des Postulats für die Landratssitzung vom [27. März 2014](#) vorgesehen (vgl. Traktandenliste Position 46).

*3. Treffen die inhaltlichen Aussagen des erwähnten Medienberichtes zu und inwieweit hat sich die VGD in dieser Sache engagiert?*

**Antwort des Regierungsrats:**

Die VGD hat ein Mitberichtsverfahren durchgeführt in welches auch der Ombudsman BL und der Verband der Basellandschaftlichen Gemeinden, VBLG, einbezogen waren. Es wurden mehrere Gespräche geführt und Varianten erarbeitet (vgl. Antwort Frage 5)

*4. Weshalb ist der Bereich "Menschen mit Behinderungen" in der geplanten Ombudsstelle nicht vorgesehen?*

**Antwort des Regierungsrats:**

Die vom Postulanten zusätzlich vorgeschlagene erweiterte Zuständigkeit der künftigen Ombudsstelle für Altersfragen und Spitex BL, für Menschen mit Behinderungen, wurde ebenfalls geprüft. In Absprache mit dem für behinderte Menschen zuständigen Amt für Kind, Jugend - und Behindertenangebote (BKSD) erscheint eine solche Aufgabenerweiterung zum jetzigen Zeitpunkt

nicht sinnvoll, da es im institutionellen Bereich der Behindertenheime bereits eine Ombudsstelle für behinderte Menschen beider Basel gibt, welche der Verband der Sozialen Unternehmen beider Basel (SUBB) zusammen mit dem Verein Private Koordination Psychiatrie (Prikop) betreibt.

#### 5. *Wie sieht nun das konkrete weitere Vorgehen bezüglich dieser Ombudsstelle aus?*

##### **Antwort des Regierungsrats:**

Bei der vertieften Prüfung durch die VGD haben sich zwei Varianten herauskristallisiert:

##### 1. Führen einer Ombudsstelle für Altersfragen und Spitex durch den Ombudsman BL

Diese Variante wird vom Gemeindeverband VBLG bevorzugt. Sie bedingt jedoch eine Gesetzesänderung entweder des Gesetzes über die Betreuung und Pflege im Alter (GeBPA, SGS 854) oder des Gesetzes über den Ombudsman (SGS 160).

Ein ähnlich lautender Vorstoss im Rahmen der letzten Überarbeitung des GeBPA wurde von der VGK am 22. Juni 2005 mit 7 zu 5 Stimmen abgelehnt. Auch in der Revision des Gesetzes über den Ombudsman wurde eine Erweiterung des Aufgabenbereichs des Ombudsmans auf Altersfragen und Spitex bisher ebenfalls abgelehnt.

Zwar ist beim Ombudsman BL die prinzipielle Bereitschaft, die Aufgabe zu übernehmen vorhanden, dieses ist jedoch nur mit einer Kapazitätsausweitung möglich, welche dann je nach Arbeitsanfall festgelegt werden müsste (vgl. Schreiben Ombudsman vom 31.1.2013).

Die VGD ist der Ansicht, dass diese Lösung angesichts der gestiegenen Notwendigkeit möglichst bald eine Ombudsstelle für Altersfragen und Spitex in BL in Betrieb nehmen zu können, ein aufwändiges und lange dauerndes Gesetzesverfahren nach sich zieht, ohne dass dies aufgrund anderer Alternativen notwendig wäre.

Die VGD bevorzugt daher die folgende 2. Variante:

##### 2. Schaffung einer Ombudsstelle für Altersfragen und Spitex BL durch die Gemeinden in Zusammenarbeit mit den Leistungserbringern

Im Kanton Basel-Landschaft sind die Gemeinden sowohl bei den Alters- und Pflegeheimen als auch bei der Spitex Träger der Aufgabe. Die entsprechenden Verbände: Verband Baselbieter Alters-, Pflege und Betreuungseinrichtungen (BAP) sowie der Spitex-Verband BL haben Ihr Interesse an der Errichtung einer Ombudsstelle bekundet. Abzuklären ist, ob dies in Form eines Vereins (analog Ombudsstelle für Altersfragen und Spitex, BS) oder durch eine Auftragserteilung erfolgt und wer die Ombudsstelle personell führen wird. Weitere Leistungserbringer könnten dann zu einem späteren Zeitpunkt ebenfalls beitreten und mitfinanzieren, (z.B. private Spitex). Die VGD ist bereit, den Verband der Basellandschaftlichen Gemeinden bei der Aufgabenerfüllung zu unterstützen und hat bereits neben den Vorabklärungen ein Gespräch mit den Leistungserbringern moderiert. Gemäss Aussagen der Verbände ist eine Inbetriebnahme im zweiten Halbjahr 2014 realistisch. Noch offene Fragen zum Finanzierungsmodus, der Rechtsform und der Auftragsvergabe sowie zur personellen und räumlichen Ausgestaltung, können bis dahin geklärt werden.

Sowohl von Frau Diehl, welche das Mandat in BS seit 10 Jahren inne hat, als auch von anderer Seite liegen konkrete Offerten zur Führung der Ombudsstelle für Altersfragen und Spitex in BL vor. Die VGD befürwortet eine rasche Umsetzung durch den VBLG und behält sich vor, diesen mittels einer entsprechenden Verordnung in die Pflicht zu nehmen, sollte sich bis im Frühjahr 2014 keine Lösung abzeichnen.

Liestal, 25. März 2014

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:  
Urs Wüthrich-Pelloli

Die 2. Landschreiberin:  
Andrea Mäder